Kundgebung der Israelitischen Kultusgemeinde

München, Platz der Opfer des Nationalsozialismus

Dienstag, 29.7.2014, 18.30 Uhr

Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler

Hoch verehrte Frau Präsidentin Knobloch, liebe Freundin,

sehr geehrte Damen und Herren,

es liegt mir persönlich und der bayerischen Landeskirche viel daran, dass wir aus der Geschichte lernen. 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, 70 Jahre nach der Landung der westlichen Alliierten an der Atlantikküste der Normandie, 70 Jahre nach dem 20. Juli 1944 und nicht zuletzt 25 Jahre nach dem Fall der Mauer, die Ost- und Westdeutschland trennte, haben wir Grund genug für die Einsicht, dass es Verpflichtung aller Menschen ist, für Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit einzutreten.

Es ist eine offene Wunde, dass Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit für Israel und für die angrenzenden palästinensischen Gebiete weit von der Realität entfernt ist. Die Bilder von Raketen, die von islamistischen Terroristen auf Israel abgefeuert werden, die Bilder von Bomben, die im Gaza-Streifen zur Vergeltung abgeworfen werden, diese Bilder brennen

sich in uns ein – und nichts wünschen wir uns sehnlicher als ein Ende von Gewalt und Gegengewalt, ein Ende der Angst, in der Kinder, Frauen und Männer auf beiden Seiten um ihr Leben bangen.

Die traurige Wahrheit ist, dass nicht wenige den Sinn ihrer Existenz darin sehen, Hass auf Israel zu schüren und keinerlei Interesse an einer Aussöhnung zu haben. Der Konflikt mit Israel ist für sie Fundament ihrer Identität. Es gibt Anlass für berechtigte Kritik auch an der Politik des Staates Israel und fundamentalistischer Gruppierungen in ihm. Aber Neuorientierung ist nicht das eigentliche Ziel derer, die zum Terror gegen Israel aufrufen. Sie wollen diesen Staat von der Landkarte löschen. Sie verneinen das Lebensrecht Israels.

Geradezu obszön finde ich es, wenn in Deutschland tatsächliche oder vermeintliche Sympathiekundgebungen für die leidtragenden Menschen in Gaza dafür instrumentalisiert werden, Israel polemisch in Bausch und Bogen anzuklagen und Kritik antisemitisch einzufärben. Damit wird nicht nur die notwendige differenzierte Diskussion über Chancen zum Frieden und einen Beitrag Israels dazu unmöglich. Sondern es wird klar, dass der Krieg im Nahen Osten manchen als willkommener Anlass dient, endlich ihren antijüdischen Ressentiments freien Lauf zu lassen.

Mitleid für Palästina wird zur Waffe, um Leid für Israel gut zu heißen. Das ist Perversion ehrlicher Solidarität. Klar ist: In unserem Land

werden wir niemals mehr dulden und schweigend mit ansehen, wenn Antisemitismus und Judenfeindlichkeit proklamiert werden. Das gilt auch dann, wenn sie im Gewand angeblicher Humanität durch die Straßen ziehen. Alle, die mit ernsthaften Argumenten für eine Zweistaatenlösung im Nahen Osten demonstrieren, bitte ich, sich von jenen zu distanzieren, die solche Demonstrationen nützen, um wieder „den Juden“ alle Schuld zu geben.

Ob Neonazis, ob islamistische Judenhasser, ob links- oder rechtsextremistische Israelfeinde – sie haben keinen Platz im demokratischen Diskurs über den Frieden im Nahen Osten. Wir sind entsetzt über die tägliche Bedrohung der israelischen Bevölkerung. Und wer entsetzt ist über Hunderte von Toten im Gaza-Streifen, der ist nicht automatisch Antisemit. Jede Politik ist überprüfbar. Und natürlich kann man auch Israel kritisieren, wie Frau Präsidentin Knobloch sagt – sonst würde man denen in die Hände spielen, die darüber klagen, dass man „die Juden“ angeblich nicht kritisieren dürfe.

Auch wenn es mitunter schwer erträglich sein mag, mit denen am Tisch zu sitzen, die einem das Lebensrecht absprechen: Nicht abreißen darf der Dialog über Wege zum Frieden. Man mag über Grenzverläufe, über Siedlungsgebiete, über Einstellungen und Haltungen kontrovers

diskutieren. Aber gemeinsam müssen wir darauf achten, dass nie und nimmer das Existenzrecht Israels bestritten wird. Diese Sorgfalt gehört untrennbar zur geschichtlichen Verantwortung Deutschlands und auch zur geschichtlichen Verantwortung der Kirchen in Deutschland.

Heute jährt sich der Todestag von Erich Kästner zum 40. Mal. Seine Bücher wurden von den Nazis verbrannt, er bekam Publikationsverbot und konnte nur unter einem Pseudonym weiter arbeiten. Einige Wochen vor seinem Tod schrieb er auf einen Zettel den Satz: „Die Einbahnstraße als Sackgasse“. Von seiner Freundin daraufhin befragt, erklärte er, dies sei die Marschroute, für die sich die Deutschen in kritischen Zeiten am liebsten entscheiden. „Die Einbahnstraße als Sackgasse“! So viel immerhin sollten wir Deutschen gelernt haben, dass wir heute wissen:

Wer die Einbahnstraße als politischen Weg anpreist, dem dürfen wir nicht trauen. Vor allem dann nicht, wenn es eine Einbahnstraße ist, in der Gewalt triumphiert. Ich bitte alle, denen wirklich der Frieden in Israel und Palästina am Herzen liegt: Stärken wir gemeinsam alle, die aus der Sackgasse des Blutvergießens herausführen wollen. Und hoffen wir gemeinsam auf den allmächtigen Gott, den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der nach meinem Glauben zugleich der Gott und Vater Jesu Christi ist, dass er dem Bösen in der Welt nicht das letzte Wort überlässt. Shalom.